

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 31/3 (2004)

DOI: 10.11588/fr.2004.3.63545

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Martin MAYER, *Geheime Diplomatie und öffentliche Meinung. Die Parlamente in Frankreich, Deutschland und Großbritannien und die erste Marokkokrise 1904–1906*, Düsseldorf (Droste) 2002, 383 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 133).

Spätestens seit der Jahrhundertwende wurde die von den Kabinetten betriebene Geheimdiplomatie durch eine neu entstehende Öffentlichkeit herausgefordert. Daher ist es sicherlich eine interessante Fragestellung, wie die Öffentlichkeit in Frankreich, Großbritannien und im Deutschen Reich während der ersten Marokkokrise von 1905/06 die Regierungspolitik beeinflusste oder umgekehrt die Pressepolitik der Regierungen die öffentliche Meinung im eigenen Land oder im Ausland in ihrem Sinne zu lenken versuchte. Die von der Forschung bereits gründlich untersuchte Marokkokrise ist daher auch nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit, sondern die Perzeption der Krise in den drei in erster Linie beteiligten Ländern. Als problematisch für die Anlage der Studie erweist sich allerdings die aus methodischen Gründen getroffene weitreichende Entscheidung des Autors, die öffentliche Meinung oder »Volksmeinung« nicht durch die Auswertung der Presseorgane zu beschreiben, sondern sich vor allem auf die Parlamente und auf einzelne Abgeordnete zu konzentrieren. Dieses Vorgehen wirft in verschiedener Hinsicht die Frage nach der Relevanz auf. Einerseits war das Interesse der drei Parlamente – wie der Autor häufig betont – an außenpolitischen Fragen begrenzt. Dies lag daran, daß die Regierungen sorgfältig darauf bedacht waren, sich in Fragen der äußeren Politik auch von den eigenen Abgeordneten nicht in die Karten blicken zu lassen und den Parlamentariern nur dürftige Informationen zur Verfügung standen. Andererseits stellt sich auch die Frage, inwieweit die im Parlament geführten Debatten und die Beiträge einzelner Abgeordneter überhaupt die öffentliche Meinung des jeweiligen Landes wiedergaben. Denn in den Fragestunden ergriffen häufig gerade parlamentarische Außenseiter das Wort, welche die Gunst der Stunde lediglich zur eigenen Profilierung zu nutzen suchten oder aus innenpolitischen Gründen ein Interesse daran hatten, einzelne Regierungsvertreter durch außenpolitische Fragen in Verlegenheit zu bringen.

In einem einleitenden Kapitel legt der Autor zunächst das Verhältnis der drei von ihm untersuchten Parlamente zu außenpolitischen Fragen dar. Mit großer Akribie und unter genauer Auswertung auch der älteren Literatur analysiert er sodann beginnend von den ersten Diskussionen über die *Entente cordiale* 1904 bis hin zu den Aussprachen über die Ergebnisse der Konferenz von Algeciras im Jahre 1906 alle Sitzungen des deutschen, französischen und britischen Parlaments, in denen die marokkanische Frage thematisiert wurde. Dabei trägt er viele einzelne Informationen und Resultate zu dem komplizierten Beziehungsgeflecht zwischen Parlament, Regierung und Presse, der Haltung der Parteien, dem Einfluß einzelner Presseorgane und Journalisten sowie dem Mit- und Gegeneinander von Pressevertretern und Diplomaten zusammen. Allzu häufig kann er aber der Versuchung nicht widerstehen, auch solche Fragen ausführlich aufzugreifen, die in der parlamentarischen Diskussion jener Jahre zwar eine bedeutende Rolle spielten, mit der marokkanischen Frage aber in keinem direkten Zusammenhang standen. Angesprochen werden etwa Joseph Chamberlains »Tariff Reform League«, der deutsch-britische »Navy Scare« 1904/05, der Revisionismusstreit in der deutschen Sozialdemokratie, die Stellung der französischen Sozialisten im Parteienspektrum, der Sturz der Regierung Balfour, die deutsche Flottenpolitik und die Auswirkungen der britischen Wahlen Anfang 1906 auf die Innen- und Außenpolitik Londons.

Bezogen auf das eigentliche Thema der Untersuchung sind die Ergebnisse nach den einleitenden Bemerkungen zur Bedeutung der Parlamente in außenpolitischen Fragen wenig überraschend. Mit Ausnahme der großen Debatte in der französischen Deputiertenkammer am 19. April 1905 zur Marokkopolitik Delcassés spielten die Parlamente keine große Rolle. Zu beobachten ist, daß patriotische Gesinnung und nationale Gefühle im Verlauf der Marokkokrise und vor allem nach dem Sturz Delcassés zunehmend an Boden gewannen und die Diskussionen in Parlamenten und Presse beherrschten. In der Öffentlichkeit aller

drei Länder verstärkten sich in dieser Zeit Bedrohtheitssymptome, Mißtrauen und stereotype Feindbilder. Für das Verhältnis von Parlament und Regierung zeitigte dies von Land zu Land unterschiedliche Folgen. Hatte die Deputiertenkammer noch bis zum Sturz des ungeliebten Delcassé mit Kritik an der französischen Marokkopolitik nicht zurückgehalten, so stützte sie danach immer entschiedener die Politik der Regierung, die Interessen Frankreichs in Marokko mit allem Nachdruck gegenüber den deutschen Forderungen zu vertreten. Im House of Commons gab es, abgesehen von den Auftritten bekannter Hinterbänkler, kaum Kritik an der Außenpolitik der Regierung, zumal sich die Gewichte in außenpolitischen Fragen zwischen Unterhaus und Regierung recht eindeutig zugunsten der Exekutive zu verschieben begannen. Anders war dagegen die Entwicklung im Deutschen Reich. Dort vermehrten sich die Stimmen, welche die Außenpolitik Bülow's mit unübersehbarem Argwohn verfolgten und dem Gefühl von der drohenden Isolierung Deutschlands auch Ausdruck verschafften. Die Kluft zwischen Regierung und Reichstag vergrößerte sich. Festzuhalten bleibt, daß die Parlamente der drei Länder den außenpolitischen Kurs ihrer Regierungen zu keinem Zeitpunkt während der Marokkokrise nachhaltig beeinflussen konnten und die überraschende Konklusion des Autors, der Sturz Delcassés sei eine Demonstration gewesen, »wie parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik funktionieren kann« (S. 338), durch seine vorherigen Ausführungen in keiner Weise untermauert wird.

Rainer LAHME, Boppard

Friedrich KIESSLING, *Gegen den »großen Krieg«? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911–1914*, München (R. Oldenbourg) 2002, VIII–351 S. (Studien zur Internationalen Geschichte, 12).

Daß die sich seit dem Ende des 19. Jhs. langsam aber scheinbar unaufhaltsam vollziehende Umwandlung des traditionellen europäischen Gleichgewichts der Mächte hin zu einem bipolaren Mächtesystem, in dem sich der vom Deutschen Reich geführte Dreibund und die Ententemächte Großbritannien, Rußland und Frankreich zunehmend konfrontativ gegenüberstanden, zu einer der wesentlichen Ursachen für den Zusammenbruch des europäischen Mächtesystems und den Ausbruch des Ersten Weltkrieges gehört, gilt in der Forschung als eine gesicherte Erkenntnis. Weniger thematisiert wurde dagegen bisher die Frage, ob die Staatsmänner, Diplomaten, Militärs und auch die öffentliche Meinung die sich daraus ergebenden Gefahren erkannt haben und wie sie darauf zu reagieren versuchten. In seiner glänzend geschriebenen Darstellung über Entspannungsversuche von 1911 bis 1914 ist es Kießling gelungen, diese Lücke in einem ganz erheblichen Maß zu schließen und der Debatte über den Zustand des europäischen Staatensystems in den Jahren vor dem Kriegsausbruch wichtige neue Impulse zu verleihen.

Der Autor versteht »Entspannung« nicht als eine fehlgeschlagene Nebenlinie der internationalen Staatenpolitik, sondern »als integralen Teil des Systems der Mächte vor 1914« (S. 7). Daraus folgt aber, daß die Bemühungen um eine D tente vor 1914 zu keinem Zeitpunkt als ein alternatives »Modell« zur bipolaren Mächtekonstellation und den daraus resultierenden Zwängen gedacht waren. Einen systematischen Aspekt der Entspannungs Bemühungen sieht Kießling am ehesten noch in der britischen Außenpolitik, was auch damit zusammenhängen mag, daß Großbritannien als langjährige Führungsmacht der europäischen »balance-of-power« noch ein waches Gespür für die Nachteile des bipolaren Blocksystems besaß und nach Auswegen aus dem auch selbst mitverschuldeten Dilemma suchte. D tente sollte demzufolge »in der Bipolarität der internationalen Beziehungen Flexibilität bewahren beziehungsweise wiederherstellen« (S. 318). In diese Richtung zielen auch die von Kießling zitierten Äußerungen des österreichisch-ungarischen Außenministers Berchtold vor der  sterreichischen Delegation am 29. April 1914, als er nur wenige Monate vor dem Kriegs-